

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 9

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Balkan spukt noch Versailles

Zwischen Ungarn und Rumänien ist über die magyrische Minderheit in Transsylvanien wieder eine Krise ausgebrochen, die durch die Einheitsfassade des Ostblocks durchgesiebert ist.

Rumänien hat Ungarn eine Note überreicht, in welcher gegen die «landesfeindliche Tätigkeit» der in Rumänien angesiedelten Ungarn protestiert und die Auflösung der Ungarnverbände in Rumänien gefordert wird.

Die rumänisch-ungarische Grenze wird von rumänischen Miliz-Einheiten abgeriegelt. Ungarn erhalten kaum mehr ein Visum nach Rumänien. Bukarest hat rumänische Bürger aus Ungarn zurückgerufen. Parteichef Georgiu-Dej erwähnte in einer Rede die «grossmagyrischen Gelüste» Budapests.

Der jetzige Streit geht direkt auf die vor etwa zwei Jahren von Bukarest gewährten kulturellen Konzessionen zurück, die an die «autonome ungarische Region» gemacht wurden. Doch die zentralistische Opposition, besonders im Studentenverband, nahm scharf gegen die Trennung der Schulen Stellung. Im Sommer 1959 wurde die ungarische Universität Cluj (Klausenburg) mit der rumänischen vereint, also praktisch aufgelöst. Dann folgte die Verhaftung ungarischer Minderheitsführer.

Unter dem Druck kommunistischer Zwangsfreundschaft wurden im Dezember 1959 Verhandlungen geführt. Kadar erklärte: «Alle territorialen Fragen sind gelöst.» Drei Monate später hat sich nun trotzdem eine Krise entwickelt.

(Ungarn trat nach dem 1. Weltkrieg Transsylvanien an Rumänien ab. Seither haben die Probleme um die ungarische Minderheit in Rumänien nie aufgehört.)

Rotchinas moderne Siebenmeilenstiefel

Rotchina holt auf einzelnen Wirtschaftsgebieten sprunghaft auf. So zeigen die jetzt verfügbaren Statistiken für 1958 eine Produktion von 272 000 000 t Kohle, gegenüber 425 000 000 t für die Sowjetunion.

Die USA förderten 1958 ihrerseits 21 000 000 t Steinkohle und 410 000 000 t Braunkohle. Dabei werden aber in kommunistischen Statistiken die Steinkohlenwerte angegeben, d.h. die Braunkohle wird nach Kalorien (Abzug zirka 20 bis 30 Prozent) in Steinkohle umgerechnet. Damit wäre das amerikanische Total für 1958 etwa 340 000 000 t.

Somit wird Rotchina bald die USA in der Kohlenproduktion überholen. Die Sowjetunion hat es bereits getan. Allerdings hat Amerika den Höhepunkt der Kohlenförderung überschritten. (1947: 57 Mill. t Steinkohle, 630 Mill. t Braunkohle). Grund: Die Entwicklung des Dieselmotors.

Auf dem Erdölsektor hinkt zwar Rotchina stark nach. Produktionszahlen 1958: USA 350 Mill. Tonnen, UdSSR 113 Mill. t, was übrigens 88 Prozent der Gesamtproduktion des Ostblocks entspricht, Rotchina bloss 2,3 Mill. t. Das hinderte die UdSSR nicht, von 1959 an als grösserer Exporteur von Erdöl bereits auf dem Weltmarkt störend aufzutreten.

Die Produktionszahlen der kommunistischen Staaten müssen westlichen Zahlen gegenüber eher aufgewerkt werden. Die Unterdrückung zahlreicher innerer Bedürfnisse, welche die westliche Produktion aufbrauchen, erlaubt ihnen, mit geringeren Mengen einen wirkungsvollen, politisch gesteuerten Aussenhandel zu treiben.

Rotchina, das ohne Rücksicht auf Menschen wirtschaftliche Riesensprünge macht, sollte in den nächsten Jahren besonders aufmerksam beobachtet werden.

SCHWEIZ SCHAFFT PRÄZEDENZ

Setzt westliche Finanzregeln mit Entwicklungsland durch, wo USA, Deutschland, Skandinavien aufgegeben hatten

Das Doppelbesteuerungs-Abkommen Schweiz-Pakistan, dessen Veröffentlichung wegen der komplizierten Materie keine hohen Wellen warf, ist bedeutsam als «Prototyp» für die Regelung eines wichtigen Abschnittes im Verkehr mit Entwicklungsländern für die Zukunft.

Die Schwierigkeit: Der Westen betrachtet Kapital im Herkunftsland als steuerpflichtig; Entwicklungsländer, ohne eigenen Kapitalexport, betrachten Kapital im Anlageland als steuerpflichtig, weil sie selbst fast nur Anlageland von Fremdkapital sind.

Die USA, Westdeutschland und Skandinavien sind den Entwicklungsländern weitgehend entgegengekommen und gewähren dem Entwicklungsland, in dem sie ihr Kapital anlegen, allgemein das Besteuerungsrecht.

Die Schweiz wollte in dieser Aufgabe traditioneller Grundsätze nicht so weit gehen, da dies, wie der Bundesrat in seiner Botschaft betonte, «kaum zu verantwortende Einnahmehausfälle» für den Fiskus zur Folge hätte. Ausserdem sind normale Beziehungen von Anfang an besser.

So hat die Schweiz in diesem Abkommen zwar den Grundsatz der Besteuerung im Herkunftsland zugunsten eines Kompromisses eingeschränkt, andererseits aber diesen Kompromiss auch von Pakistan erreicht.

Die bisherige schweizerische Praxis wird in folgenden Fällen verlassen: Einkünfte von Schifffahrtsunternehmen, private Pensionen und pakistanische Dividenden werden in Pakistan versteuert; das Einkommen pakistanischer Fachleute, die zur Ausbildung in der Schweiz weilen, ist bis höchstens 12 Monate und bis 12 000 Franken steuerfrei; auch das Erwerbseinkommen von Studenten und

Praktikanten wird weitgehend befreit.

Die Schweiz will auch mit anderen Entwicklungsländern die Frage der Vermeidung doppelter Besteuerung — eines der zahlreichen Nebenprobleme der Entwicklungshilfe — auf der Basis des Kompromisses mit Pakistan regeln. Gegenüber Ländern, die auf gleicher wirtschaftlicher Stufe stehen, hält sie jedoch an ihrer bisherigen Praxis uneingeschränkt fest.

Bedauerlich ist höchstens, dass die Bundesstellen ihre oft erfolgreiche Verhandlungsarbeit im Wust der Beschlüsse allzu unbeachtet untergehen lassen.

Nur Konsequenz hat beim Lügen Aussicht

Die Besprechungen zwischen Bonn und Bern für Stützpunkte in der Schweiz werden in der ostdeutschen Presse weiterhin als vollendete Tatsache hingestellt.

«Neues Deutschland» kombiniert die Dementis mit der Falschmeldung über den gemeinsamen Bau amerikanischer Flugzeuge und zieht ein Schweizer Pressezitat heran: «Bonn forderte Stützpunkte und bot der Schweiz Rüstungsaufträge an. Schweizer Stellen versuchten zu leugnen. Dadurch fühlte sich wieder Franz Josef Strauss brüskiert, da er als echter deutscher Militarist für sein gutes Recht hält, über Territorium und Potential anderer Staaten zu verfügen. Er erklärte, die Schweiz würde zusammen mit der Bundesrepublik Starfighter-Flugzeuge herstellen.»

Das Blatt fährt fort: «Die Schweizer ... fühlen sich blossgestellt und schimpfen. Die 'Neue Berner Zeitung' schreibt: 'Strauss ist wirklich von allen guten Geistern verlassen. Solch verantwortungsloses Gerede ist für uns besonders peinlich in einem Moment, da wir uns der Verdächtigung von ostdeutscher Seite erwehren müssen ... Das 'Neue Deutschland' wird sich ins Fäustchen lachen.»

«Wir freuen uns natürlich», schliesst das ostdeutsche Parteiblatt, dass Strauss in diesem Falle einmal nicht von allen guten Geistern verlassen ist, sondern den Wahrheiten des 'Neuen Deutschland' die Ehre gibt.»

BULGARIENS FREIZEITBETÄTIGUNG: KAMPF DEM STAATSFELD

Nach der Sowjetunion (KB, 27. Januar) werden jetzt auch in Bulgarien durch ein Dekret von Regierung und Partei aus zuverlässigen Arbeitern und Studenten freiwillige Polizeieinheiten gebildet. Die «freiwilligen Einheiten der Werktätigen zur Sicherung der öffentlichen Ordnung» sollen in allen Ortschaften entstehen.

Die örtliche Parteiführung wacht über die Wahl der Kommandanten und Mitglieder, die von öffentlichen Versammlungen bestätigt werden.

Gemeinderäte und Betriebsleitungen werden im Dekret angewiesen, den Einheiten «Platz und Mittel für die Ausbildung» zur Verfügung zu stellen.

Ein «provisorisches Reglement» ordnet die Aufgaben der Einheiten: Regelmässige Streifen in Ablösungen, Ordnungsdienst bei

öffentlichen Kundgebungen, Turnübungen und Unterricht in den «Methoden des Kampfes gegen Unruhestifter». (Artikel 15.) Die Mitglieder, die eine Armbinde tragen und ein Dienstbüchlein als Ausweis besitzen (Artikel 18), sind berechtigt, im Notfall einen Unruhestifter festzunehmen und der ordentlichen Polizei, der «Volksmiliz», zu übergeben (Artikel 19).

Wer sich im «Kampf gegen Unruhestifter» auszeichnet, erhält

eine Anerkennungsurkunde oder «einen kostbaren Gegenstand» (Artikel 20).

Die Ausbildung und der Einsatz der Einheiten erfolgen ausserhalb der normalen Arbeitszeit (Artikel 9).

Ueber eine Bewaffnung der Einheiten äussert sich weder das Dekret noch das Reglement. Die «Arbeitswachen» in Ungarn, die noch vor den sowjetischen Brigaden entstanden, sind mit Maschinenpistolen ausgerüstet.

Unser Memo

Am 8. März trat ein 72 Jahre alter Mann, der an hohem Blutdruck, Leberdefizienz, Arterienverkalkung und wahrscheinlich Angina Pectoris leidet, eine Freiheitsstrafe von 15 Monaten an. Der Ort: Die Türkei. Der Mann: Ahmed Emin Yalman, einer der ältesten und geachtetsten türkischen Journalisten. Sein Vergehen: Die Veröffentlichung eines zuerst in Amerika erschienenen kritischen Artikels über das Regime von Premier Menderes. Der Rechtsgrund: Eine Klausel des Pressegesetzes, das für «Diskreditierung von Personen in öffentlicher Stellung» Strafen bis zu vier-einhalb Jahren Gefängnis vorsieht. Bereits am 11. März wurde er zur Beobachtung seiner Angina Pectoris in ein Spital überführt. Yalman ist in guter Gesellschaft: Vor drei Jahren wurde der 80 Jahre alte Redaktor Yalcin eingesperrt. Nach einigen Wochen kam auch er ins Spital, wo er starb. Elf andere Journalisten sind jetzt im Gefängnis. Sechszwanzig andere warten noch auf den Entscheid des Appellationsgerichts. Seit 1950 wurden in der Türkei 800 Journalisten abgeurteilt, die meisten zu Bussen, kürzeren oder längeren Freiheitsstrafen verurteilt, wenige freigesprochen. Die türkische Presse aber, ungeachtet der Gesetze, mit denen das Regime Menderes die Opposition mundtot machen will, kämpft weiter. Im Artikel, den Yalman übernahm, schrieb der amerikanische Redaktor Eugene Pulliam unter anderem, wenn die Regierung Menderes weiterhin amerikanische Hilfsgelder ohne Ueberwachung ausbebe, so würde der-einst nicht nur die Regierung, sondern auch die gesamte westliche Stellung in der Türkei zusammenstürzen.

BRIEFE

Westeuropa-Universität

Der Bund hat im letzten Jahr über 160 Millionen Ueberschuss erzielt. Wäre es Ihnen da nicht möglich, einen, oder noch besser, mehrere Nationalräte zu gewinnen, die den Mut aufbrächten, vor der Nationalversammlung folgenden Vor-

schlag zu machen: Es sei ein sehr namhafter Betrag an die von Ihnen als dringend erachteten 100 Millionen zur Errichtung einer Universität zwecks Ausbildung von Studenten aus unterentwickelten Ländern zu leisten.

B. GEISER, GÜMLIGEN

Der Westen gibt riesige Summen aus für Waffen. Für jene Waffe aber, mit welcher der Kommunismus schon seit Jahren erfolgreich kämpft, will man kein Geld opfern. Die geistige Beeinflussung ist die einzige Waffe, mit der wir jetzt kämpfen können und müssen. Es ist darum unsere dringendste Aufgabe, für Afrikaner, Asiaten und Osteuropäer Ausbildungszentren ... zu schaffen.

OSWALD KOHLER, WILDHAUS

Seit Jahren ermöglichen ... Augustinerpatres durch ... aufopfernde Arbeit (Foyer St-Justin, Fribourg) einer ansehnlichen Zahl (1959/60 : 49) Studenten aus 19 Ländern Asiens und Afrikas kostenlos die akademischen Studien ... Ein solches Stipendium beträgt pro Jahr zirka Fr. 3500.—. Ist es unmöglich, dass der Bund in diesem Sinn (z.B. für 100 Ueberseestudenten) die nötigen Finanzen aus dem Budget der Hilfe an Entwicklungsländer freistellt? Ueberaus dringlich aber ist, dass diese Studenten ... bei uns nicht nur Wissenschaft und Nahrung erhalten, sondern ... Freundschaft und Liebe. Sie dürfen nicht isolierte Fremdlinge bleiben ... Nehmen wir, uns ihrer nicht an, dann sicher die zahlreichen kommunistischen Gruppen an allen Universitätsplätzen. Beweis: Bedeutende Kommunistenführer Asiens und Afrikas wurden während ihrer Studienzeit bei uns im Westen zum Kommunismus «bekehrt».

PAUL TROENDLE, BASEL

Ihr Alarmruf ... ist vollauf berechtigt, aber ... angesichts der westlichen Uneinigkeit (scheint) jede kühne, selbstlose Tat aussichtslos. (Die Universität der Völkerfreundschaft für 3 Kontinente in Moskau) ist wirklich ein phantastisches Angebot, wie es selbst die Christenheit in 2000 Jahren nicht auszudenken vermochte. Gelingt dieser Massenfang der Intelligenz ... dann erübrigt sich jegliches Rüstungs- wie Abrüstungs-Uebereinkommen ... Die Schweiz sollte die Initiative ergreifen.

RUDOLF STUDER, BERN

kurz

Die polnische «Liga der Soldatenfreunde» hat über 1 000 000 Mitglieder, bildete 1959 152 000 Personen für Motorwesen, 4500 für Fernmeldewesen und 82 000 für militärische Fachprobleme aus.

Nur 327 polnische Studenten sind in der UdSSR; das polnische Jahrbuch 1956 gab noch 1521 Polen an UdSSR-Hochschulen an. Seit Gomulka ist die Zahl stetig zurückgegangen.

Nach der indischen Regierung sind 15 500 Tibeter seit der Revolte im März nach Indien geflohen.

Unter den unbeglichenen Schulden der Sowjets bei der kürzlichen UdSSR-Ausstellung in Mexiko befinden sich laut «Ultimas Noticias», Mexiko City, die Ueberstunden von 52 Arbeitern.

In Ungarn erhalten 74,5 Prozent aller Hochschulstudenten staatliche Stipendien.

Die sowjetische Presse meldet zahlreiche Anmeldungen aus Japan für die neue Universität der Völkerfreundschaft in Moskau. Eine jugoslawische Himalaja-Expedition mit jugoslawischer Ausrüstung reiste am 17. März nach Indien ab.

Nach dem Besuch einer DDR-Handelsmission in Kuba werden gegenseitige ständige Handelsvertretungen errichtet werden.

Es ist bedauerlich, dass uns der Osten vor-machen muss, was not tut und was wesentlich ist, um sein Ziel zu erreichen. Allerdings schon da hapert es bei uns. Wären wir in der Lage, an einer westlichen Universität ein geschlossenes Weltbild im Gegensatz zum Kommunismus zu lehren? Sind die Philosophien unseres Westens nicht derart auseinanderlaufend, dass sie im Herzen der suchenden Völker nur Zwiespalt und Unsicherheit hinterliessen? ... Was können wir im Tiefsten erwarten, wenn an unseren Universitäten der Geist Jaspers, Heideggers oder gar Sartres ausgestrahlt wird? ... Ich muss gestehen, dass mir ... die Katholiken ... vorbildlich erscheinen mit ihrem Opfer für die Erhaltung der freien katholischen Universität Fribourg, die ja ohne Bundeshilfe und mit spärlichen staatlichen Mitteln auskommen muss. Wenn das doch möglich ist, will ich glauben, dass auch die Beschaffung der Mittel für eine europäische Uni aufzutreiben wären.

GUIDO APPIUS, BASEL

(Sie fordern) dass man an unsern Universitäten 100 afrikanische Studenten ausbilde ... Auf der gleichen Seite Ihres Blattes geben Sie einige Beispiele für die Anstrengungen ... der Sowjetunion für die Ausbildung der Eliten ... Es ist schade, dass Sie daraus keine Konsequenzen ziehen. Es berührt mich nämlich seltsam, dass sich unsere deutschschweizerischen Kommilitonen an den letzten Kongressen der UNES gegen die von den westschweizerischen Sektionen vorgeschlagene fortschrittliche Sozialpolitik ausgesprochen haben. Dieselben Kommilitonen zeichnen sich dann durch einen in ihren Augen lobenswerten, meiner Ansicht nach ... blinden Antikommunismus aus. Wäre es nicht bedeutend besser, unsere Anstrengungen auf eine wirkliche Demokratisierung des Studiums statt auf unnötige Gegenpropaganda zu konzentrieren? (Sie klagen) dass (westschweizerische) Erziehungsdirektoren keine Subventionen für Ihre Bibliothek gewähren wollen. Es ist aber Tatsache, dass man hier in der Westschweiz (mit) der Demokratisierung des Studiums der deutschen Schweiz um einiges voraus ist, was mir ... wichtiger erscheint als Ihre Bibliothek. Ich glaube nicht, dass meine Zuschrift Sie ... beeinflussen wird. Veröffentlichen werden Sie sie ja bestimmt nicht.

ADRIEN FLEISCHLIN, GENÈVE

Nochmals: Der naive Blick

Meinungsaussagen von Lesern sollten doch bloss dann den übrigen Abonnenten nicht vorenthalten werden, wenn sie Wesentliches zur Diskussion beitragen ... Sehr billig aber ist es ... aus Zuschriften der Gegner ausgerechnet jene auszuwählen, der durch zahlreiche Orthographie- und Interpunktionsfehler auffällt. Sie wollen doch nicht auf dem Geleise des Bildungsphilisters fahren ...

PAUL THIERSTEIN, BURGDORF

Es ist bedauerlich, dass eine Arboner Adresse über Ihr Blatt schreibt, es handle sich bei diesem lediglich um eine Hetze gegen Russland. Zum Ausgleich dieser Absage möchten wir hiermit ein Abonnement bestellen ...

HANS SAURER, ARBON